

ÖSTERREICHISCHE SICHERHEITSTAGE 2003

Mehr Sicherheit in der EU

Experten diskutierten bei den Österreichischen Sicherheitstagen 2003 in Leogang über die EU-Erweiterung und ihre Auswirkungen auf die innere Sicherheit.

Die EU-Erweiterung am 1. Mai 2004 ist die am besten vorbereitete in der Geschichte der Europäischen Union. Die Fläche der EU wird um 23 Prozent und die Bevölkerung um 20 Prozent wachsen – von derzeit 375 Millionen auf 450 Millionen Menschen. Die innere Sicherheit ist ein Schlüssel-thema bei der EU-Erweiterung. Dieses sensible Thema war Schwerpunkt bei den diesjährigen "Österreichischen Sicherheitstagen" vom 14. bis 17. Oktober 2003 im Pinzgauer Fremdenverkehrsort Leogang. Experten aus Österreich, Deutschland und den benachbarten Beitrittsländern Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien referierten und diskutierten über mögliche Auswirkungen der bevorstehenden EU-Erweiterung auf Sicherheit und Kriminalität.

Hauptaufgabe der Polizei sei es, "dass die Menschen sicher und sorgenfrei leben können", sagte Peter Leißing, Präsident der KSÖ-Landesgruppe Salzburg, bei der Eröffnung der Tagung: "Ein aktiver Dialog – die Zusammenarbeit von Exekutive und Wirtschaft – ist der Schlüssel zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität."

"Die Erweiterung bedeutet mehr Sicherheit für Österreich und Europa", betonte Innenminister Dr. Ernst Strasser beim "Kamingespräch" im Rahmen der Sicherheitstage. "Wir haben heute eine ähnliche Situation wie zu Beginn der 90er-Jahre. Nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs hat es eine echte Herausforderung für die Sicherheit in Österreich gegeben: Die grenzüberschreitende Kriminalität ist damals angestiegen", sagte der Minister. "Die Situation ist heute genauso, allerdings um eine Zone weiter weg. Mit dem Beitritt unserer Nachbarländer zur Europäischen Union entsteht neben der Schengengrenze ein zweiter Sicherheitsgürtel für Österreich, da die derzeitige Schengengrenze auch nach dem Beitritt so lange aufrecht bleibt, bis unsere Nachbarländer eine funktionierende EU-Außengrenze aufgebaut haben."

"Die Polizei kennt Grenzen, die Verbrecher nicht. Wir haben es heute auch bei der Kleinkriminalität mit Tätern aus Osteuropa zu tun, die es vorher nicht gegeben hat", berichtete Dr. Andrea Raninger, stellvertretende Direktorin des Bundeskriminalamts.

"Hier ist ein Anknüpfungspunkt: Unsere Nachbarn müssen vermehrt unsere Partner werden. Ich glaube, dass wir durch die Partnerschaften mit den Nachbarn die organisierte Kriminalität besser bekämpfen können." Durch die Erweiterung erwartet sich Raninger keinen Anstieg der Kriminalität: "Die Befürchtungen sind völlig unbegründet. Wir behalten die Schengen-Kontrollen bei – den "Sicherheitsgürtel": Auf der einen Seite gibt es die Schengen-Grenze und an den künftigen Außengrenzen werden die Kontrollen immer besser. 2007 können wir dann getrost die Grenzen aufmachen." Aus kriminalpolizeilicher Sicht sollte die Schengen-Grenze aber nicht überhastet versetzt werden, um nicht Lücken entstehen zu lassen, betonte Raninger.

Kein Grund zur Panik. Bernhard Falk, Vizepräsident des deutschen Bundeskriminalamts in Wiesbaden, wies darauf hin, dass in Deutschland seit dem 11. September 2001 der

islamistische Terrorismus im Mittelpunkt stehe und nicht das Thema Sicherheit im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung. Falk schlug die Bildung gemeinsamer Ermittlungsteams gegen die grenzüberschreitende Kriminalität vor. "Es gibt keinen Grund, Panik zu machen", sagte der BKA-Experte und widersprach damit Univ.-Prof. Dr. Franz Csaszar vom Institut für Kriminologie und Strafrecht an der Universität Wien. Laut Csaszar werde die Kriminalität zunehmen und ihre Struktur werde sich verändern, ebenso die Täterpopulation: "Wir werden mit einem steigenden Anteil der nicht österreichischen Täter rechnen müssen."

Probleme bei der Kriminalitätsbekämpfung lägen nicht nur bei der Polizei, sondern auch bei der Justiz und beim Strafvollzug. "Wir sollten uns auf Probleme einstellen, wir sollten uns aber davor nicht zu Tode fürchten", betonte der Kriminologe.

Brigadier Franz Lang, Bereichsleiter in der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, berichtete von den Fortschritten des "Teams 04" bei der Neuorganisation der Sicherheitsexekutive: "Momentan ist eine Reformlokomotive unterwegs, mit hoher Geschwindigkeit und mit hoher Wucht. Die Zusammenlegung ist ein Quantensprung."

Burgenlands Sicherheitsdirektor Mag. Erhard Aminger referierte über die Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit den Nachbarländern bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität, vor allem der Schlepperei: "Die internationale Kriminalität muss mit internationaler Zusammenarbeit bekämpft werden."

Österreich habe sich sehr engagiert, den Nachbarländern zu helfen, sagte Mag. Berndt Körner vom Innenministerium. "Auch aus einem bestimmten Eigeninteresse. Auf allen Ebenen sind funktionierende Partnerschaften, echte Freundschaften entstanden."

Über die Reform der ungarischen Grenzpolizei berichtete Dr. Jozsef Magyar, Direktor des Budapester Büros der Mitteleuropäischen Polizeiakademie. Von den 12.000 Grenzpolizisten arbeiten 3.300 in der Grenzüberwachung, 3.700 bei der Kontrolle des Grenzverkehrs, 400 im Kriminal- und Aufklärungsbereich, 600 im fremdenpolizeilichen Bereich, 1.500 in der mobilen Kontrolle ("Raster") und 2.500 in der Führung und den Hintergrundeinrichtungen. Im nächsten Jahr werde die Grenzpolizei neuerlich angepasst, um die neue Außengrenze zu verstärken.

Oberstleutnant Ing. Petr Kocí, stellvertretender Direktor der Antidrogenzentrale Tschechiens, erwartet nach dem Beitritt viele Veränderungen: "Es wird erforderlich sein, dass sich nicht nur die Polizei anpasst, sondern auch der Staat."

"Slowenien macht alle Reformen für sich selbst und nicht wegen Brüssel. Wir brauchen diese Umstrukturierungen für die Sicherheit Sloweniens. Da sind wir fest entschlossen, mit den Nachbarstaaten zusammenzuarbeiten", sagte Dr. Andrej Ster. Der ehemalige Innenminister, nun Sektionschef im slowenischen Außenministerium, betonte, dass die Interessen Sloweniens bei der Grenzkontrolle identisch seien mit jenen der Europäischen Union. "Das Kapitel Justiz und Inneres konnte daher leichter abgeschlossen werden, als etwa das Kapitel Landwirtschaft. Österreich hat uns dabei sehr geholfen."

Polizeioberst Dr. Pavel Slopovsky, Verbindungsbeamter der slowakischen Polizei in Österreich, verwies auf die im europäischen Vergleich niedrige offizielle Kriminalstatistik der Slowakei. Der Staatsvertrag mit Österreich über die Zusammenarbeit im polizeilichen

Bereich sei bereits ausverhandelt. Er regle den Einsatz verdeckter Ermittler auf beiden Seiten, die polizeiliche Nacheile, kontrollierte Lieferungen und eine schengenähnliche Kooperation.

Privatisierung

Zweiter Schwerpunkt der Leoganger Sicherheitstage war der Stand der Privatisierung öffentlicher Sicherheitsdienstleistungen. Bei den Sicherheitstagen im letzten Jahr war darüber ausführlich diskutiert worden. Innenminister Strasser hat im Anschluss an die Tagung mit Vertretern des Innenministeriums und der Wirtschaftskammer Österreich eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die in sechs Bereichen Privatisierungsmöglichkeiten erörterte. Heuer berichteten die Fachleute über die bisherigen Ergebnisse.

Die Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft, steigende Anforderungen an die Exekutive, limitierte Budgetmittel führten zur Privatisierungsdiskussion, referierte Dr. Stephan Landrock, Präsident des Verbandes der Sicherheitsunternehmen Österreichs (VSÖ). Es gebe inzwischen eine geänderte Wertehaltung zur Privatisierung: "Die Gesellschaft akzeptiert auch private Unternehmen als Leistungsträger in staatlichen Kompetenzbereichen." Die Exekutive sei bereit zum Outsourcing. Weitere Privatisierungsschritte seien möglich, "wenn der politische Wille da ist, eine legislative Plattform für die Privatisierung und ein demokratischer Wertekonsens in der Gesellschaft. Wir sind verantwortungsbewusste Qualitätsdienstleister. Das Gewaltmonopol des Staates bleibt unangetastet." Die Kooperation mit der Exekutive solle klar, transparent und sauber sein. Landrock: "Wir wollen keine Privatsheriffs, wir wollen aber auch nicht, dass die Polizei Bewacher spielt." Privatisierung mache nur Sinn, „wenn wir besser, kostengünstiger und flexibler sein können".

Kooperationsfelder gebe es unter anderem bei den Notrufzentralen, kommunalen Sicherheitsdienstleistungen und bei der Bewachung von Botschaften und Verkehrsbetrieben. Denkbar sei die Zusammenarbeit in Schubhaftanstalten und bei Häftlingstransporte, erwähnte der VSÖ-Präsident.

Die Privatisierung sei für die Exekutive wichtig, referierte Brigadier Franz Lang. "Die Exekutive verabschiedet sich nicht von Aufgabenfeldern, sie verschwindet nicht von der Straße, sondern sucht Partner für gewisse Teilaufgaben, ohne sich selbst zurückzuziehen. Das ist der Grundgedanke; darauf aufbauend sollten Konzepte gebildet werden. Die Verkehrsüberwachung ist und bleibt Aufgabe der Exekutive. Wir werden uns aus der Geschwindigkeitsüberwachung nicht zurückziehen. Wir sind aber froh, dass es Partner für die Verkehrsüberwachung gibt."

Die neue Sicherheitsakademie wolle "mit Ausbildungsleistungen hinausgehen und Ausbildungsangebote von außen hereinholen ", kündigte Lang an. Ab 2004 könne die Sicherheitsakademie durch die "Flexi-Klausel " als Wirtschaftskörper auftreten, und sich selbst verwalten. Weitere Privatisierungspotenziale gebe es laut Lang bei der Uniformierung ("interessanter Markt mit 25.000 Kunden, die kaufen müssen") in der Fuhrparkverwaltung des Innenressorts und bei den Notrufzentralen. Die Zahl der Polizeieinsätze wegen Fehlalarmen bei Telefonwählanlagen und TUS-Anschlüssen sei gestiegen, berichtete Dr. Gerhard Schwabl, Leiter der Pressestelle und des Informationsdienstes der Wiener Polizei. Der durchschnittliche Zeitaufwand bei Fehlalarmen pro Einsatz betrage 91 Minuten. Schwabl: "Ein denkbarer Lösungsansatz ist der Anschluss an private Unternehmen. Keinesfalls sollte aber eine Stilllegung der Leitungen angestrebt werden. "Für den Polizeieinsatz bei Fehlalarmen wird ein Kostenersatz vorgeschrieben, er deckt aber nicht die

tatsächlichen Kosten." Die Wiener Polizei hat nach einer Grundsatzbesprechung im Oktober 2002 eine verstärkte Einbindung privater Notrufzentralen befürwortet. Wir haben Anschlussinhaber ersucht, sich an eine private Notrufzentrale anzuschließen. Die Reaktion ist überraschend gewesen: Es hat keine einzige Abmeldung gegeben", sagte Schwabl. "Daraus ergibt sich für mich: Mit einem freiwilligen Wechsel an Private ist nicht zu rechnen. Das wird nur über eine gesetzliche Änderung oder Zwang zu regeln sein. Die Fehlalarmgebühr der Polizei kommt immer noch billiger als bei privaten Notrufzentralen".

"Österreich ist das einzige Land in Europa, in dem es einen gebührenfreien Anschluss an die Polizei gibt", entgegnete VSÖ-Präsident Landrock. Österreich sei bei Alarmanlagen ein Entwicklungsland. Das werde sich in den nächsten Jahren ändern. Landrock: "Dann wird es in allen Wachzimmern klingeln und bimmeln".

"Vom Innenministerium sind konstruktive Ideen eingebracht und es ist die Basis für die Weiterarbeit in einigen Bereichen geschaffen worden", resümierte KSÖ-Präsident Mag. Michael Sika zur Privatisierungsdiskussion bei den Leoganger Sicherheitstagen: "Wenn etwas nicht funktionieren sollte, dann liegt es nicht am Innenministerium."